

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	XXIX
§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	1
<b>1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft</b> .....	3
§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft .....	3
§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	8
§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung .....	49
<b>2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln</b> .....	64
§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente .....	64
§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht .....	73
<b>3. Abschnitt. Der Staat im Markt</b> .....	127
§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht .....	127
§ 8. Privatisierungsrecht .....	152
§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge .....	161
<b>4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung</b> .....	205
§ 10. Gewerberecht .....	205
§ 11. Handwerksrecht .....	242
§ 12. Gaststättenrecht .....	261
<b>5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen</b> .....	279
§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts .....	279
§ 14. Telekommunikation .....	286
§ 15. Energiewirtschaft .....	305
Sachverzeichnis .....	317

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	XXIX
<b>§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft</b>	<b>3</b>
<b>§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft ..</b>	<b>3</b>
I. Die Bedeutung historischer Entwicklungslinien .....	3
II. Vom Spätmittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts .....	3
1. Wirtschaft und Obrigkeit im Spätmittelalter .....	3
2. Die Wirtschaftspolitik der Territorialstaaten .....	4
III. Von der Einführung der Gewerbebefreiheit in Preußen bis zum Ende des Nationalsozialismus .....	5
1. Die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts .....	5
2. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich .....	6
<b>§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....</b>	<b>8</b>
I. Begriff und Gegenstände des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	8
II. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht .....	10
III. Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik .....	10
IV. Wirtschaftsverfassungsrecht .....	11
1. Die sog. Wirtschaftsverfassung .....	11
2. Zuständigkeitsverteilung .....	12
3. Grundrechtsschutz wirtschaftlicher Tätigkeit .....	13
a) Berufsfreiheit .....	14
b) Eigentumsgewährleistung .....	20
c) Weitere Grundrechte .....	23
V. Europäisches Wirtschaftsrecht .....	24
1. Grundlagen .....	24
2. Grundfreiheiten .....	26
a) Verbot und Rechtfertigung von unmittelbaren Diskriminierungen .....	27
b) Verbot und Rechtfertigung von mittelbaren Diskriminierungen und sonstigen Beschränkungen .....	28
c) Die einzelnen Grundfreiheiten .....	32
aa) Freiheit des Warenverkehrs .....	32
bb) Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	37
cc) Niederlassungsrecht .....	37
dd) Dienstleistungsfreiheit .....	41
ee) Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs .....	47

<b>§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung .....</b>	49
I. Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung .....	49
II. Staatliche Wirtschaftsverwaltung .....	51
III. Selbstverwaltung der Wirtschaft .....	52
1. Erscheinungsformen und Aufgaben .....	53
2. Organisation .....	56
3. Pflichtmitgliedschaft .....	56
4. Rechtsschutz bei Aufgabenüberschreitungen .....	59
IV. Beteiligung Privater an der Wirtschaftsverwaltung .....	61
1. Beleihung .....	61
2. Verwaltungshelfer und Erfüllungsgehilfen der Behörde .....	62
3. Weitere Formen .....	62
<b>2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln</b> .....	64
<b>§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente .....</b>	64
I. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsförderung .....	64
II. Wirtschaftsaufsicht .....	65
III. Instrumente der Einzeleinwirkung .....	66
1. Rechtsförmliches Handeln .....	66
a) Anzeige- und Genehmigungspflicht .....	66
b) Begleitende Überwachung .....	68
c) Anordnungen und Untersagungen .....	70
d) Vertragliches Handeln .....	71
2. Informelles Handeln .....	71
3. Überwachungsbezogene Pflichten von Unternehmen .....	72
<b>§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht .....</b>	73
I. Begriff, Ziele und Formen von Subventionen und Beihilfen .....	74
1. Verwendete Begrifflichkeiten .....	74
2. Das Subventionsverhältnis .....	75
II. Zulässigkeit der Subventionsgewährung .....	77
1. Nationales Recht .....	77
2. Die Zulässigkeit von Beihilfen nach Europarecht .....	79
a) Der Begriff der Beihilfe .....	80
aa) Staatliche Maßnahme oder Maßnahme unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel .....	81
bb) Gewährung eines Vorteils an den Begünstigten .....	83
cc) Selektivität der Maßnahme .....	87
dd) Wettbewerbsverfälschung .....	89
ee) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	89
b) Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt .....	91
aa) Legalbeihilfen .....	91
bb) Ermessensbeihilfen .....	92
c) Verfahren .....	93
3. Anspruch auf Subventionsgewährung .....	96

III.	Öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	97
1.	Unterscheidung nach Subventionstypen	97
a)	Verschonungssubventionen	97
b)	Zahlungssubventionen	97
aa)	Auszahlung durch staatliche Stelle	97
bb)	Auszahlung im Bankenverfahren	98
c)	Realsubventionen	98
d)	Darlehenssubventionen	99
e)	Gewährleistungssubventionen	100
2.	Differenzierung nach Regimeentscheidungen	101
a)	Ausschließlich öffentlich-rechtliche Ausgestaltung	101
b)	Ausschließlich privatrechtliche Ausgestaltung	101
c)	Kombiniert öffentlich-rechtliche/privatrechtliche Ausgestaltung	102
IV.	Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	103
1.	Die Rückabwicklung nach nationalem Recht	103
a)	Beseitigung der Grundlage der Subventionsgewährung	104
aa)	Subventionsentscheidung durch Verwaltungsakt	104
bb)	Subventionsentscheidung durch Vertrag	107
b)	Rückforderung der gewährten Subvention	107
aa)	Rückforderung in einstufigen Subventionsverhältnissen	107
bb)	Rückforderung in zweistufigen Subventionsverhältnissen	109
2.	Besonderheiten bei der Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	109
a)	Der Rückforderungsbeschluss der Kommission	111
b)	Rückforderung der Beihilfe durch den Mitgliedstaat	112
aa)	Rücknahme von rechtswidrigen Beihilfebescheiden	113
bb)	Rückabwicklung bei vertraglich gewährten Beihilfen	115
cc)	Die Bedeutung von Schwierigkeiten bei der Rückforderung	116
V.	Rechtsschutz	117
1.	Rechtsschutz des von einer Subvention oder Beihilfe begünstigten Unternehmens	117
a)	Streitigkeiten bei der Durchführung des Subventionsverhältnisses	117
b)	Rechtsschutz gegen die Rückabwicklung	118
aa)	Grundsätze	118
bb)	Beihilferechtliche Besonderheiten	118
2.	Rechtsschutz eines am Erhalt einer Subvention bzw. Beihilfe interessierten Unternehmens	120
3.	Rechtsschutz bei Förderung eines konkurrierenden Unternehmens	120
a)	Negative Konkurrentenklage	120
b)	Konkurrentenrechtsschutz im Beihilferecht	121

<b>3. Abschnitt. Der Staat im Markt .....</b>	127
<b>§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht .....</b>	127
I. Formen staatlicher Wettbewerbsteilnahme .....	127
1. Zum Begriff „Öffentliche Unternehmen“ .....	127
a) Unionsrechtliches Begriffsverständnis .....	127
b) Begriffsverständnis im deutschen Recht .....	128
2. Organisationsformen öffentlicher Unternehmen .....	130
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen .....	130
aa) Eigenbetrieb .....	130
bb) Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts .....	130
cc) Zweckverband .....	131
b) Privatrechtliche Organisationsformen .....	131
aa) GmbH und AG .....	131
bb) Sonstige .....	133
II. Regelungsrahmen .....	133
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	133
a) Grundfreiheiten .....	133
b) Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV) .....	134
aa) Allgemeine Wettbewerbsregel (Art. 106 I AEUV) .....	134
bb) Ausnahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 106 II AEUV) .....	134
2. Verfassungsrecht .....	136
a) Grundsätzliche Zulässigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates? .....	136
b) Insbesondere: Bedeutung der Grundrechte .....	137
3. Haushaltrecht .....	139
4. Wettbewerbsrecht .....	140
III. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden .....	140
1. Art. 28 II GG als Legitimationsgrundlage wirtschaftlicher Betätigung .....	140
2. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in sachlicher Hinsicht .....	141
a) Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung im Allgemeinen ..	142
aa) Zum Begriff „wirtschaftliche Betätigung“ .....	142
bb) Schrankentrias .....	143
cc) Genehmigungs- und Anzeigepflichten .....	144
b) Zulässigkeit der Führung von Unternehmen in Privatrechtsform .....	144
3. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in räumlicher Hinsicht .....	145
IV. Rechtsschutzfragen .....	147
1. Rechtsprechung vor 2002: Wettbewerbsrechtlicher Schutz gegen Marktzutritt der öffentlichen Hand .....	148
a) Verwaltungsgerichte: Kein öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch .....	148
b) Zivilgerichte: Konkurrentenschutz über § 3 UWG .....	148

2. Rechtsprechung ab 2002: Öffentlich-rechtliche statt wettbewerbsrechtliche Abwehransprüche .....	149
a) BGH: Verstoß gegen Schrankentrias kein unlauterer Wettbewerb .....	149
b) Folge: Verwaltungsgerichtlicher Konkurrentenschutz .....	149
<b>§ 8. Privatisierungsrecht .....</b>	152
I. Begriff und Formen der Privatisierung .....	152
1. Zum Begriff „Privatisierung“ .....	152
2. Formen der Privatisierung .....	153
a) Formelle Privatisierung .....	153
b) Funktionale Privatisierung .....	154
aa) Begriff .....	154
bb) Insbesondere: Public Private Partnership (PPP) .....	154
c) Materielle Privatisierung .....	156
II. Rechtliche Rahmenbedingungen für Privatisierungen .....	156
1. Staatliche Kernaufgaben und Eingriffsverwaltung .....	156
2. Leistungsverwaltung .....	157
a) Verfassungsrechtliche Bindungen .....	158
b) Einfachgesetzliche Bindungen .....	160
3. Annexaufgaben .....	160
<b>§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge .....</b>	161
I. Begriff und Zielrichtung .....	161
II. Anwendbares Recht .....	162
1. Für alle Beschaffungsvorgänge geltendes Recht .....	163
2. Vergaben ab Erreichen der Schwellenwerte .....	165
a) Europäisches Vergaberecht .....	165
b) Nationales Vergaberecht .....	166
c) Wesentliche Weichenstellungen .....	167
aa) Abgrenzung öffentlicher Auftrag/Konzession .....	167
bb) Abgrenzung Bauauftrag/Liefer- oder Dienstleistungsauftrag .....	169
3. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte .....	169
III. Der sachliche Anwendungsbereich des Vergaberechts .....	170
1. Der Begriff des öffentlichen Auftrags .....	170
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich des Vergaberechts .....	174
a) Systematik der öffentlich-öffentlichen Kooperationen .....	175
b) Das Inhouse-Geschäft .....	175
aa) Wesen .....	175
bb) Voraussetzungen .....	176
c) Die sog. Instate-Geschäfte .....	179
3. Public Private Partnership und Vergaberecht .....	180
IV. Der persönliche Anwendungsbereich des Vergaberechts .....	181
1. Von der institutionellen zur funktionellen Betrachtungsweise ..	181
2. Der Auftraggeberbegriff ab Erreichen der Schwellenwerte .....	181

a) Institutionelle Auftraggeber .....	181
b) Funktionale Auftraggeber .....	182
aa) Juristische Person .....	182
bb) Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben .....	182
cc) Nichtgewerblicher Art .....	183
dd) Besonderer Gründungszweck .....	185
ee) Besondere Staatsnähe .....	185
3. Der Auftraggeberbegriff unterhalb der Schwellenwerte .....	186
4. Der funktionale Unternehmensbegriff .....	186
V. Grundsätze des Vergaberechts .....	186
1. Rechtsgrundlagen und Bedeutung im Vergaberecht .....	186
2. Allgemeine Strukturprinzipien (§ 97 I und II GWB) .....	187
a) Wettbewerbsprinzip .....	187
b) Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot .....	187
3. Förderung des Mittelstands .....	187
4. Die Auswahl von Angeboten .....	188
a) Bieterbezogene Auswahlkriterien (§§ 122ff. GWB) .....	188
b) Angebotsbezogene Auswahlkriterien: Wirtschaftlichstes Angebot (§ 127 GWB) .....	189
c) Ausführungsbedingungen (§§ 128f. GWB) .....	190
5. Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte	190
VI. Das Vergabeverfahren .....	192
1. Verfahrensarten .....	192
a) Verfahrensarten ab Erreichen der Schwellenwerte .....	192
b) Verfahrensarten unterhalb der Schwellenwerte .....	193
c) Bestimmung der richtigen Verfahrensart im Einzelfall .....	193
2. Überblick über den Verfahrensablauf .....	193
a) Offenes Verfahren/Öffentliche Ausschreibung .....	194
aa) Publizitätsphase .....	195
bb) Angebotsphase .....	195
cc) Prüfungs- und Wertungsphase .....	196
dd) Zuschlagsphase .....	196
b) Nichtoffenes Verfahren/Beschränkte Ausschreibung .....	197
c) Verhandlungsverfahren/Freihändige Vergabe/ Verhandlungsvergabe .....	197
VII. Fehlerfolgen .....	197
1. Die Regelung der §§ 134, 135 I Nr. 1 GWB .....	198
2. Die Unwirksamkeit von „De-facto-Vergaben“ nach § 135 I Nr. 2 GWB .....	198
3. Kündigung nach § 133 I Nr. 3 GWB und sonstige Fehlerfolgen	199
VIII. Rechtsschutz .....	199
1. Rechtsschutz ab Erreichen der Schwellenwerte .....	199
a) Primärrechtsschutz: Das Nachprüfungsverfahren .....	199
aa) Zulässigkeit .....	200
bb) Verfahren und Entscheidung .....	201
cc) Rechtsmittel .....	202
b) Sekundärrechtsschutz .....	202
2. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte .....	202

<b>4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung .....</b>	<b>205</b>
<b>§ 10. Gewerberecht .....</b>	<b>205</b>
I. Zielsetzung und Anwendungsbereich der Gewerbeordnung .....	205
II. Begriff des Gewerbes .....	206
1. Funktion .....	207
2. Gewerbsmäßigkeit .....	207
a) Erlaubte und nicht sozial unwertige Tätigkeit .....	207
b) Gewinnerzielungsabsicht .....	208
c) Betätigung auf Dauer .....	209
d) Selbständigkeit .....	209
3. Gewerbsfähigkeit .....	210
a) Urproduktion .....	210
b) Freie Berufe .....	211
c) Verwaltung eigenen Vermögens .....	212
III. Für die einzelnen Gewerbearten geltende Anforderungen .....	213
1. Grundsatz der Gewerbefreiheit .....	213
2. Stehendes Gewerbe .....	215
a) Anzeigepflicht .....	215
b) Besondere Genehmigungsbedürftigkeit .....	216
aa) Wirkung und Aufhebung der Genehmigung .....	217
bb) Gewerbeüberwachung und Folgen fehlender Genehmigung .....	218
c) Untersagung wegen Unzuverlässigkeit .....	219
aa) Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit .....	220
bb) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich des § 35 GewO .....	223
cc) Maßnahmen bei Unzuverlässigkeit .....	226
dd) Rechtsschutzfragen .....	227
3. Reisegewerbe .....	229
4. Marktgewerbe .....	231
a) Veranstaltungstypen .....	232
b) Beteiligte des Marktrechtsverhältnisses .....	233
c) Festsetzung der Veranstaltung .....	234
d) Wirkungen der Festsetzung .....	235
aa) Teilnahmeanspruch .....	236
bb) Auswahlkriterien bei Teilnahmebeschränkungen .....	237
e) Veranstaltung als kommunale Einrichtung .....	240
<b>§ 11. Handwerksrecht .....</b>	<b>242</b>
I. Regelungsgrundsätze .....	243
1. Zielsetzung .....	243
2. Verfassungsrechtliche Fragen .....	243
a) Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG .....	243
b) Vereinbarkeit mit Art. 3 I GG .....	244
3. Unionsrechtliche Vorgaben .....	246

II.	Der Begriff des Handwerks . . . . .	247
1.	Selbständiger Betrieb eines stehenden Gewerbes . . . . .	247
2.	Handwerksfähigkeit . . . . .	248
3.	Handwerksmäßigkeit . . . . .	249
4.	Betriebsformen . . . . .	250
5.	Zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe . . . . .	251
III.	Voraussetzungen der Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks . . . . .	252
1.	Eintragung in die Handwerksrolle . . . . .	252
a)	Meisterprüfung . . . . .	253
b)	Ausnahmebewilligung nach § 8 HandwO . . . . .	253
c)	Eintragung in Fällen mit Unionsrechtsbezug . . . . .	255
d)	Ausübungsberechtigung . . . . .	255
2.	Eintragungsunabhängige Ausübung von Tätigkeiten . . . . .	255
IV.	Eintragung, Löschung, Überwachung und Untersagung . . . . .	256
1.	Eintragung und Löschung in der Handwerksrolle . . . . .	256
a)	Eintragung . . . . .	256
b)	Löschung . . . . .	256
2.	Überwachung und Untersagung . . . . .	257
a)	Überwachung . . . . .	257
b)	Untersagung . . . . .	258
V.	Berufsbildung im Handwerk . . . . .	259
VI.	Organisation des Handwerks . . . . .	260
<b>§ 12. Gaststättenrecht</b>	.....	261
I.	Struktur und Regelungsziele des Gaststättenrechts . . . . .	262
II.	Begriff des Gaststättengewerbes . . . . .	263
1.	Gewerbebetrieb . . . . .	263
2.	Zulässiger Bewirtungstyp . . . . .	264
3.	Zugänglichkeit . . . . .	264
III.	Gaststättenerlaubnis . . . . .	265
1.	Erlaubnispflicht . . . . .	266
2.	Voraussetzungen der Erlaubniserteilung . . . . .	266
a)	Persönliche Versagungsgründe . . . . .	266
b)	Sachliche Versagungsgründe . . . . .	268
aa)	Innerbetriebliche Gestaltung . . . . .	268
bb)	Widerspruch zu öffentlichem Interesse . . . . .	269
c)	Rechtsschutz . . . . .	271
3.	Inhalt der Erlaubnis . . . . .	273
4.	Auflagen . . . . .	273
5.	Rücknahme und Widerruf . . . . .	274
IV.	Betriebsbezogene Regelungen . . . . .	275
1.	Überwachung durch die Behörden . . . . .	275
2.	Sperrzeitregelungen . . . . .	275

<b>5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen .....</b>	279
<b>§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts .....</b>	279
I. Die Diskussion um ein Regulierungsrecht .....	279
II. Zum Begriff der Regulierung .....	279
III. Der Regulierungsgedanke im Kontext gewährleistungsstaatlichen Denkens .....	281
IV. Strukturen einer Regulierungsverwaltung .....	282
1. Behördenorganisation .....	282
2. Instrumente und Verfahren .....	284
<b>§ 14. Telekommunikation .....</b>	286
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen .....	286
1. Zum Begriff „Telekommunikation“ .....	286
a) Telekommunikation als technischer Vorgang der Signalübermittlung .....	286
b) Abgrenzung zu den übermittelten Inhalten .....	287
2. Wesentliche Rechtsquellen des Telekommunikationsrechts .....	287
II. Meldepflichten, Frequenzvergabe und Nummernverwaltung .....	288
1. Meldepflichten der Netzbetreiber und Diensteanbieter .....	288
2. Frequenzvergabe und Nummernverwaltung durch die BNetzA .....	289
III. Regulierung der Telekommunikationsmärkte .....	290
1. Übersicht über die Verpflichtungen des Regulierungsrechts .....	290
2. Allgemeine Verfahrensvorschriften zur Marktregulierung .....	291
a) Übersicht über das Regulierungsverfahren .....	291
b) Marktdefinition .....	293
aa) Entscheidungskriterien .....	293
bb) Verfahrensbeteiligungen .....	294
c) Marktanalyse .....	295
aa) Entscheidungskriterien .....	295
bb) Verfahrensbeteiligungen .....	296
d) Regulierungsverfügung .....	296
3. Regulierung des Zugangs zu Infrastruktur und Dienstleistungen .....	298
a) Gesetzliche Angebotspflicht aller Netzbetreiber .....	298
b) Marktmachtunabhängige Zugangsverpflichtungen .....	298
c) Marktmachtabhängige Zugangsverpflichtungen .....	298
aa) Regulierungsverfügungen gemäß § 26 TKG .....	298
bb) Begleitende Verpflichtungen gem. §§ 24, 25, 26, 29, 30 TKG .....	299
d) Anordnung des Zugangs bei unterbliebener Zugangsvereinbarung .....	300
4. Regulierung der Entgelte für Zugang und Dienstleistungen .....	301
5. Besondere Missbrauchsaufsicht .....	302
IV. Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten .....	303

<b>§ 15. Energiewirtschaft</b> .....	305
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen .....	305
1. Energiewirtschaft im weiteren Sinne .....	305
2. Energiewirtschaft im engeren Sinne (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserstoffwirtschaft) .....	305
3. Wesentliche Rechtsquellen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft	306
II. Zulassung von Energieversorgern und Energieanlagen .....	307
1. Zulassung von Energieversorgungsunternehmen .....	307
a) Aufnahme des Netzbetriebs .....	307
b) Anzeige der Energiebelieferung von Haushaltskunden .....	308
2. Zulassung von Energieanlagen .....	308
III. Regulierung des Betriebs von Energieversorgungsnetzen .....	309
1. Netzanschluss .....	309
2. Netzzugang .....	310
a) Anspruch auf Netzzugang .....	310
b) Entgelte für den Netzzugang .....	311
c) Sonderbestimmungen des EEG und KWKG .....	311
3. Missbrauchsaufsicht und Sanktionen .....	312
IV. Versorgung der Letztverbraucher .....	313
1. Grundversorgungspflicht .....	313
2. Wegenutzung für Leitungsbetrieb .....	314
Sachverzeichnis .....	317